

Warnschussarrest ausweiten

Beschluss des Deutschlandtages vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

Die Junge Union Deutschlands begrüßt den sogenannten Warnschussarrest für Jugendstrafen nach § 16a JGG und fordert die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, sowie die Bundesregierung auf, vergleichbare kurzfristige Arrestmöglichkeiten zusätzlich zu Bewährungsstrafen auch für alle anderen Straftäter, auf die das Jugendstrafrecht keine Anwendung findet, zu ermöglichen.